

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Er scheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanw. 25 Pf., Familienanw. 15 Pf.
Vereinsanw. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 81.

Berlin, Sonnabend, 9. Oktober 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Richtlinien des Hansabundes. — Ein volkswirtschaftlicher Aufbruch der Deutschen Gewerkevereine. — Der Kampf des Gewerkevereins der Gärtner. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Die Richtlinien des Hansabundes.

Viel ist über den Hansabund seit seiner Gründung gesprochen und geschrieben worden. Der Grund hierfür dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß trotz mancher Erklärungen der Leitung des Hansabundes dieser Vereinigung ein bestimmtes Programm fehlte. Allerdings wies die Entschiedenheit des Hansabundes eigentlich schon den Weg, den er zu gehen hat. Die unheilvolle Steuerpolitik des Schnapsbunds hat ihn erzeugt. Er soll ein Gegengewicht bilden zu den agrarischen Bestrebungen, die unsere gesamte Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten unheilvoll beeinflussen. Deshalb mußte die Gründung des Hansabundes auch von allen Gegnern des Agrarierturns freudig begrüßt werden.

Es gab aber auch Kreise, welche den Einfluß dieser rein wirtschaftlichen Organisation zu anderen Zwecken verwenden zu können glaubten. Wir haben uns neulich erst in längeren Ausführungen mit der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ beschäftigt müssen, die vom Hansabund verlangte, daß er über das wirtschaftspolitische Gebiet hinaus sich auch auf sozialpolitischem Felde betätigen und dabei einseitig die Interessen des Unternehmertums wahrnehmen müsse. Wir forderten deshalb blühend Klarheit, wie sich der Hansabund zu diesen Forderungen stelle. Er freilichsweise haben wir nicht allzu lange zu warten brauchen. Denn in diesen Tagen ist das Programm des Hansabundes veröffentlicht worden. Es sind darin die Richtlinien festgelegt, denen die praktische Arbeit der nächsten Zeit folgen soll. In Anbetracht der Bedeutung des Hansabundes und mit Rücksicht darauf, daß auch unsere Mitglieder ein besonders lebhaftes Interesse an der Haltung des Hansabundes haben, seien diese Richtlinien hier wiedergegeben:

I. Der Hansabund ist davon durchdrungen, daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage auch seiner Wirtschaftspolitik bildet. Der Hansabund wird daher dahin wirken:

1. daß Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie die ihnen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Gleichberechtigung sowohl in der Gesetzgebung, wie in der Verwaltung und Leistung des Staates eingeräumt werde;

2. daß den berechtigten Interessen dieser Stände nicht nur bei dem Erlaß von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen, sondern auch bei deren Ausführung Rechnung getragen werde;

3. daß der für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Nation wie für unser Verhältnis mit dem Ausland gleichermassen unheilvolle Einfluß jener einseitigen agrar-demagogischen Richtung gebrochen werde, deren ganzes bisheriges Wirken von entgegengelegten Grundanschauungen getragen war.

II. Bei der Durchführung dieser Grundsätze wird sich der Hansabund von folgenden allgemeinen Gedanken leiten lassen:

1. daß er, bei einem etwaigen Gegensatz, die nationalen Interessen allen einseitigen gewerblichen Interessen ohne weiteres und bedingungslos voranzustellen hat;

2. daß er ausschließlich die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu vertreten, zu fördern und vor Schädigungen und Angriffen zu schützen hat;

3. daß seine Reichen jedem, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Überzeugung, offenstehe, welcher seine Ziele zu den politischen macht, und daß ihm daher jede Ausstrahlung politischer oder konfessioneller Gegensätze oder Interessen fernliegt;

4. daß er somit selbst keine politische Partei ist, da die ihm innerlich zugehörigen Mitglieder aller politischen Parteien in ihm Platz finden, wohl aber eine wirtschaftliche Vereinigung mit den durch ihr wirtschaftliches Programm bedingten, unter I festgestellten politischen Zielen.

Er wird daher, ohne Rücksicht auf politische Gegensätze, Fühlung mit allen Grundgedanken und Zielen heften und wird auch bei den Wahlen die politischen Parteien bei Aufstellung und Durchsetzung solcher Kandidaten unterstützen, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit von den Grundgedanken des Bundes nicht abzuweichen werden.

III. Im einzelnen wird der Hansabund eintreten:

1. Im Staatsleben: a) gegen die Verringerung von Sondervorrechten oder Vorrechten an einzelne Erwerbsstände, soweit sie nicht etwa mit Rücksicht auf das Gesamtwohl geboten oder gerechtfertigt erscheinen; b) für freie Bewegung und Tätigkeit von Gewerbe, Handel und Industrie, insbesondere dafür, daß diese für das Gesamtwohl grundsätzlich unerlässliche und nur mit Rücksicht auf das Gesamtwohl einzuschränkende freie Bewegung nicht durch unnötige Verordnungen und Eingriffe von Staats- und Verwaltungsbehörden gehindert und gelähmt wird; c) für die praktische Durchführung und allgemeine Verwirklichung des auch für die Stellung des erwerbstätigen Bürgertums im Staate entscheidenden Grundsatzes, daß alle Staatsstellen ausschließlich mit Rücksicht auf die persönliche Tüchtigkeit und Qualifikation der Bewerber aller Richtungen vergeben werden dürfen; d) für Vereinfachung des Verwaltungsapparats und Schreibwerks in der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, für eine praktischere Ausübung unserer Gerichts- und Verwaltungsbeamten und eine zweckmäßigere Ausgestaltung des Unterrichts an unseren Volksschulen, höheren Lehranstalten und Universitäten; ferner für umfassendere Beteiligung der Kaufmännisch, gewerblich und technisch gebildeten Kreise an der Staatsverwaltung und Rechtsprechung, sowie endlich für eine größere Berücksichtigung der aus diesen Kreisen an die Gesetzgebung und Verwaltung gestellten berechtigten Forderungen, insbesondere auf dem Gebiete der Handelspolitik, der Zoll-, Steuer- und Wassererschließung und der Genehmigung gewerblicher Anlagen; e) für eine auch für die gewerblichen Interessen erforderliche größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung.

2. In der Finanzpolitik für eine gerechte Verteilung der Staatslasten unter sämtliche Erwerbsstände und unter die einzelnen nach Maßgabe ihres Vermögens und ihrer Leistungsfähigkeit, somit für Aufhebung der unter Verletzung dieses Grundsatzes, insbesondere auch gelegentlich der sogenannten Reichsfinanzreform erlassenen Finanzgesetze und für die Einführung sachgemäß auszugleichender Besitzsteuern.

3. In der Verkehrspolitik für eine durchgreifende Verbesserung und Erweiterung der bestehenden Verkehrswege zu Wasser und zu Lande; für eine den berechtigten gewerblichen Interessen entsprechende Ermäßigung der Eisenbahntarife und der Post- und Telegraphengebühren im Inland und im Verkehr mit dem Ausland.

4. In der Handels- und Gewerkepolitik: a) für den Abschluß von einer gerechten Abwägung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Interessen beruhenden Handelsverträgen. Der Hansabund wird dahin wirken, daß vor dem Abschluß von solchen Verträgen, welche die gewerblichen Interessen berühren, und vor der Beschlußfassung über sonstige wichtige verkehrspolitische Maßnahmen eine rechtzeitige und ausgiebige Befragung der in ihm vereinigten beteiligten Erwerbsgruppen erfolgt; b) für die Unterlassung aller Maßregeln, welche die Entwidlung einer dem Interesse der Gesamtwirtschaft Rechnung tragenden Exportpolitik unterbinden, die für die Ernährung und Beschäftigung unserer stark zunehmenden Bevölkerung erforderlich ist; c) für alle positiven

Maßnahmen, welche bestimmt und geeignet sind, den gewerblichen Mittelstand, sowie das Kleingewerbe, den Detailhandel und das Handwerk in ihrer Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und zu heben, insbesondere durch Unterstützung aller Bestrebungen, welche auf bessere und gründlichere Ausbildung der heranwachsenden Generation und auf Erleichterung des Bezuges billigerer Betriebsmittel gerichtet sind.

5. In der Sozialpolitik für eine, auf die gemeinsamen berechtigten Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vermittlung sozialer Gesetzgebung, deren Fortschreiten, Inhalt und Kostenlast sowohl der Konkurrenzfähigkeit der deutschen gewerblichen Tätigkeit auf dem Weltmarkt, wie der inneren wirtschaftlichen Lage Rechnung trägt und mit dieser Maßgabe namentlich auf Sicherstellung der Zukunft aller Arbeitnehmer und auf Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit Bedacht nimmt. Der Hansabund wird sich jedoch in Gemäßheit seiner allgemeinen Grundsätze (s. oben II 2) auch in sozialpolitischen Fragen, unter Wahrung strikter Neutralität, jeder Tätigkeit enthalten, wo sich entgegengelegte Interessen und Forderungen der in ihm vertretenen Erwerbsgruppen und deren Angehörigen gegenüberstehen. Dies gilt insbesondere von entgegengelegten sozialpolitischen Forderungen und Interessen des Großhandels und der Großindustrie einerseits und des Mittel- und Kleingewerbes oder Handwerks andererseits, und von denen der Arbeitgeber auf der einen und der Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Der Hansabund vertritt nur die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, die Vertretung von sozialpolitischen Sonderforderungen einzelner Erwerbsgruppen, insbesondere der Unternehmer und Angestellten, muß er ihren Sonderverbänden überlassen. Dagegen hält es der Hansabund auf allen Gebieten, also auch auf dem sozialpolitischen, zugleich im allgemeinen und öffentlichen Interesse, für seine Aufgabe, auf die Milderung und tunlichste Ausgleichung der verschiedenen wirtschaftlichen Richtungen und Interessen sowohl bei den Beratungen seiner Verwaltung und den Versammlungen seiner Mitglieder wie in jeder sonst möglichen Weise hinzuwirken.

IV. Der Hansabund hält es endlich für seine Pflicht:

1. über die Bedeutung von Gewerbe, Handel und Industrie und der sonstigen Erwerbsstände, insbesondere auch des gewerblichen Mittelstandes und Handwerks, im Staate, über ihre Stellung in der Gesamtwirtschaft, über ihre Ziele und ihre bisherigen Leistungen sowie über Inhalt und Charakter der für sie wichtigen Gesetzgebung in allen Schichten der Bevölkerung volle Aufklärung zu verbreiten;

2. das erwerbstätige Bürgertum und damit das Bürgertum überhaupt von der nachweisbaren Pflicht tätiger Mitwirkung an den Aufgabenden der Staats- und Selbstverwaltung, persönlicher Beteiligung an der parlamentarischen Tätigkeit sowie aktiver Teilnahme an den Wahlen zu überzeugen. Er wird zu diesem Zwecke auch staatliche und sonstige Maßnahmen veranlassen oder fördern, welche ausreichende Kenntnisse der Grundlagen der Volkswirtschaft und des Staatslebens bei der heranwachsenden Generation verbreiten sollen;

3. für die Erhaltung und Belebung der staatlichen und persönlichen Verbindung der im Auslande lebenden Deutschen mit dem Vaterlande einzutreten, insbesondere für eine angemessene Aenderung des Konsulatsgesetzes vom 8. November 1867 und des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit.

V. Der Hansabund wird, soweit seine Zuständigkeit gegenüber den Sondervereinen reicht, zugunsten der im Inlande wohnenden Deutschen in seiner Berliner Zentralstelle und zugunsten der im Ausland wohnenden in seiner Hamburger Auslandsabteilung eine Auskunftsstelle für die in ihm vereinigten Einzelmitglieder und Körperschaften in gewerblichen Fragen errichten. Er wird endlich seine oben beschriebene Tätig-

Zeit durch diejenigen zu seiner Zuständigkeit gehörigen Aufgaben erweitern, welche ihm von den einzelnen gewerblichen Gruppen und Berufen noch unterbreitet werden.

Die wirtschaftspolitischen Anschauungen, die in diesen Richtlinien zur Geltung kommen, kann man ohne weiteres unterschreiben, und was die sozialpolitische Seite anbetrifft, so kann man meistens konstatiert werden, daß die Wünsche der Schornrunder unberücksichtigt geblieben sind. Der Sanjabund will sich „unter Wahrung strikter Neutralität jeder Tätigkeit da enthalten, wo sich entgegengesetzte Interessen gegenüberstehen“. Trotz alledem hätte etwas größere Arbeit nichts schadet. Weniger wäre in diesem Falle mehr gewesen.

Wir werden uns im einzelnen mit obigen Richtlinien noch eingehender beschäftigen müssen. Schließlich ist es ja auch mit der Aufstellung von solchen Theesen allein nicht getan. Das Papier ist gebuldig. Es kommt darauf an, wie jene Leitfäden in die Tat umgesetzt werden. Nach seinen Handlungen wird man erst den Sanjabund beurteilen können. Das aber kann uns nicht hindern, auch jetzt schon das Programm kritisch zu beleuchten, was denn auch in nächster Zeit geschehen wird.

□ Ein volkswirtschaftlicher Kursus der Deutschen Gewerksvereine.

II.

Das System dieser volkswirtschaftlichen Kurse hat sich seit annähernd fünfzehn Jahren in Deutschland stark ausbreitet, sowohl in der Arbeiterbewegung als in einigen politischen Parteien. Eine Einrichtung ähnlicher Art kauf in Anwalt Dr. M. Sirsch schon Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Berlin. Mittelbar wuchs aus ihr später die Berliner Humboldt-Akademie hervor. Aber mit dieser Erweiterung war auch eine Charakteränderung verbunden. Bei dem erwähnten Kursus des Anwalts handelte es sich im wesentlichen um die Erziehung von Gewerksvereinern. An der Humboldt-Akademie war das nicht möglich. Dort wurde allgemeine Wissenschaft gelehrt. Wenn das auch eine Vervollkommnung war, so büßten damit die Gewerksvereine doch eine Stelle ein, die fortgesetzt an der Heranbildung eines Führernachwuchses für sie arbeitete.

Danach war es der Volksverein für das katholische Deutschland, der nach seiner Gründung 1891 sich mit Macht auf das System der volkswirtschaftlichen Kurse warf. Seit Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts veranstaltet er alljährlich zehn wöchentliche Kurse in W. Gladbach. Aus ihnen ist die Mehrzahl der heutigen christlichen Gewerkschaftsführer hervorgegangen. Ohne diese Kurse wären die meisten jener Herren nicht das, als was sie heute gelten. Der Volksverein hat den fichtelnden Gedanken, daß gute Erziehung das erste Fundament einer Massenbewegung ist, am besten begriffen und in seiner „Jehuentenschule“, wie sie in der sozialdemokratischen Redeweise benannt wird, durchgeführt.

Seit 1903 ging der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine zu ähnlichen Kursen von vierwöchentlicher Dauer über.

Daß besonders der katholische Volksverein mit seiner Einrichtung Erfolge erzielte, bewies das in dem Jahre 1903 in der Sozialdemokratie hervorretende Bestreben, ähnliche Einrichtungen zu schaffen. Die Antragsteller wurden zuerst verachtet. Man stand damals in der Sozialdemokratie und vereinzelt auch bei uns heute noch auf dem Standpunkt der hausbaderen Lehrmethode, d. h. daß derjenige, der die Intelligenz hat, sich allein alle nötigen Kenntnisse beschaffen könne und dazu keine „Schnellpressen“, keinen „Münzberger Trichter“, und wie die Redensarten lauten, brauche. Das war zum Teil richtig, solange die Arbeiterbewegung noch klein war. Je größer sie aber wird, um so stärker wird das Bedürfnis nach tüchtigen Kräften. Aus dem Selbststudium kann es nicht allein befriedigt werden. Auch die Anforderungen in bezug auf Kenntnisse, die heute an einen Arbeiterführer herangetragen, sind sehr viel umfassender als früher. Er soll die Weltmarktwirtschaft in seiner Branche kennen, wenn er Lohnbewegungen vorbereitet usw. Nur ganz wenige aber haben Zeit und Gelegenheit genug, allein und ohne Anleitung sich so weit auszubilden. Diese und ähnliche Gründe leiten sich allmählich auch in der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch. Seit einigen Jahren halten letztere eigene Kurse ab. Laut Jahresbericht der Generalkommission fanden 1908 vier sechswöchentliche Unterrichtskurse statt, die 277 Teilnehmer

zählten und an Lehrkosten 11 067,27 Mark verausgabten.

Zur gleichen Zeit traf die sozialdemokratische Partei ähnliche Einrichtungen. Seit dem Jahre 1905 veranstaltet sie alljährlich einen Kursus von sechsmonatlicher Dauer. An dem Kursus 1908-09 nahmen 26 Personen teil, von denen zwei von ihrer Gewerkschaft entsendet waren, für die übrigen trägt die Gesamtpartei die Kosten. Acht Lehrer sind an dieser Parteischule tätig. An Kosten verursachte diese vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 insgesamt 38 925,23 Mark. Diese Einrichtung wird außerdem ergänzt durch den Bildungsausschuß. Er veranstaltete wissenschaftliche Wanderkurse an 57 Orten in 1908-09, an denen 8969 Personen teilnahmen. Ferner gibt er Jugendchriften heraus, Erklärungen und Einführungen in Dramen und Opern, Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken usw. Genuß, die Sozialdemokratie versucht alles, die W. Gladbacher „Jehuentenschule“ zu überflügeln. Sie wird wissen, warum, wird wissen, daß kein verausgabtes Geld so gut seine Zinsen trägt wie das für Bildungszwecke verwandte.

Innerhalb der Gewerksvereine wurden Kurse veranstaltet: 1904 ein zehntägiger in Düsseldorf, 1906 ein sechswöchentlicher in Frankfurt, 1907 ein vierzehntägiger in Dresden.

Seit 1907 veranstaltet der Nationalverein für das liberale Deutschland alljährlich Kurse von acht bis vierzehntägiger Dauer. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat ebenfalls eine ganze Reihe Kurse im ganzen Reiche abgehalten. Im Königreich Sachsen hat sich im vorigen Jahre ein Verein für nationale Arbeiter-Unterrichtskurse gebildet. Er hielt im Februar d. J. einen vierwöchentlichen Kursus ab, an dem auch 15 Gewerksvereiner teilnahmen.

Die größte Einrichtung dieser Art ist aber das Ruskin-College in England, das unser Kollege Hartmann feinerzeit in seinen englischen Reiseberichten beschrieb. Der Begründer desselben, ein reicher, verdorbener Engländer, hat ein großes Kapital für diese Zwecke hinterlassen. In diesem College haben geeignete Leute Gelegenheit, ein volles Jahr lang volkswirtschaftlichen Studien obzuliegen. Die ganzen Kosten trägt die Stiftung. Fast alle jüngeren englischen Gewerksvereinsführer sind aus diesem Ruskin-College hervorgegangen, und man darf sagen, daß die moderne Reformbewegung in den englischen Gewerksvereinen, die ihre schärfste Ausprägung in der Gründung der Arbeiterpartei und dem Bestehen der englischen Arbeiter auf dem Festlande erfuhr, mittelbar durch das Ruskin-College hervorgerufen wurde. Es gab dieser Erneuerungsbewegung die Wortführer.

Alles in allem: Solche volkswirtschaftlichen Kurse sind keine Experimente, keine tastenden Versuche mehr; sie haben sich in anderthalb Jahrzehnten an so viel Stellen bewährt, sind immer wiederholt worden, daß auch wir in dieser Richtung uns konkurrenzfähig machen müssen. Von einseitig-vollen englischen Volkswirtschaftlern wird oft eingestanden, daß die auf vielen Gebieten vorhandene Ueberlegenheit der deutschen Industrie gegenüber der englischen eine Folge des in Deutschland viel besser ausgebildeten technischen Schulwesens sei. Was darin gilt, trifft auch zu auf die Verhältnisse in der Arbeiterbewegung innerhalb Deutschlands. Der Staat, der nichts für die Schulen tut, ist ein reaktionärer Staat. Glaube niemand, ein Gewerksverein würde mit anderen Mäßen messen können. Sorgt also für einen tüchtigen Erfolg unseres bevorstehenden volkswirtschaftlichen Kursus!

Der Kampf des Gewerksvereins der Gärtner

in Quedlinburg beschäftigt auch den „Vorwärts“. Nach einer kurzen Schilderung des Konfliktes heißt es in dem Artikel des sozialdemokratischen Blattes:

Welche Ausdehnung die Bewegung noch annehmen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Wenn die Leitung des Gewerksvereins die Situation so ansieht, wie sie jetzt liegt, so ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Masse der Hilfsarbeiter noch mit in die Bewegung hineinkommt. Zündstoff ist bei den insgesamt rund 2000 Arbeitern mehr als übergenug angehäuft. Die Lage der Arbeiter ist aber auch elend genug, zumal an den unermesslichen Reichtümern der Quedlinburger Gartenbauindustriellen gemessen. Und der Druck, der auch sonst auf den dortigen Gartenbauarbeitern lastet, war von diesen bisher nur erträglich, weil sie nachgerade aller höheren Bedürfnisse entwohnt wurden.

Allerdings, an Zündstoff fehlt es in Quedlinburg nicht. Die Mehrheit der in den Gärtnereien beschäftigten Gärtner und Hilfsarbeiter ist aber so energielos geworden durch die lange Zeit traurigster Arbeitsverhältnisse, daß ihnen der Mut

fehlt, in den Kampf einzutreten. Der Gewerksverein hat es nicht daran fehlen lassen, die Massen zu gewinnen, um ihnen zu besseren Zuständen zu verhelfen. Darüber herrscht in der Quedlinburger Arbeiterkassette nur eine Stimme. Und ebenso allgemein ist auch die Anerkennung für das eben so tatvolle wie energiegelasse Vorgehen des Gewerksvereins. Als vor 18 Jahren der Allgemeine Gärtnerverband, jetzt sozialdemokratischer Richtung, den Kampf um das Koalitionsrecht führte, blieb derselbe völlig erfolglos, weil sich die Gehilfen durch die auch jetzt wieder angewendeten Versprechungen veranlassen ließen, der Organisation treulos den Rücken zu kehren. In dieser langen Zeit haben die Quedlinburger Gärtnervereine es immer noch nicht gelernt, die Arbeiter als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen. Der Kampf in Quedlinburg um das Koalitionsrecht muß daher die ganze deutsche Arbeiterkassette zu dem einmütigen Willen bringen, diesen Kampf um das Recht als ihren eigenen zu führen. Der „Vorwärts“ aber spricht aus Anlaß eines für die Quedlinburger Verhältnisse allerdings noch ganz charakteristischen Vorganges wieder von den „Märschen“. Die Quedlinburger Presse hat in diesem Kampfe ihre Pflicht nicht getan. Sowohl das „Kreisblatt“ als auch die „Quedlinburger Zeitung“, die sich, wie wir bereits in Nr. 77 des „Gewerksverein“ berichteten, sonst als gewerksvereinsfreundliche Blätter gebärden, haben hier verlagert. Um daher in einer von der Presse unabhängigen Weise die Bürgerkassette über die Vorgänge zu informieren, wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben. Auf die Anfrage unseres Verbandsvorsitzenden, der in Quedlinburg angewand war, ob die Druckerei der „Quedlinburger Zeitung“ das Flugblatt drucken könne, wurde ihm geantwortet, das geht jetzt nicht. Die Druckerei sei so „stark beschäftigt“, daß das Flugblatt nicht vor Ablauf einer Woche gedruckt werden könne. Die Druckerei des „Kreisblattes“ hatte ebenfalls, wie sie behauptete, soweit zu tun, daß sie den Druck des Flugblattes nicht annehmen könne. Eine dritte Druckerei, die drei Jahrelang in der Firma jähst, deren Namen uns aber augenblicklich nicht gewärtig, antwortete, daß ihr Motor demontiert sei und noch nicht zu übersehen sei, wann der Betrieb wieder aufgenommen werden könne. Unser Verbandsvorsitzender erklärte sich bereit, die Montage des Motors sofort zu übernehmen mit der Zulicherung, daß der Motor in ganz kurzer Zeit wieder betriebsfähig gemacht werde. Das lehnte die Druckerei ab. Jetzt kam nur noch die kleine Druckerei Grube in Betracht. Diese erklärte sich nach kurzer persönlicher Verhandlung mit unserem Verbandsvorsitzenden bereit, das Flugblatt herzustellen. Tatsächlich wurde es auch geleistet. Inzwischen mochten die Märscher der Koalitionsrechtsräuber wohl schon Wind davon bekommen haben, daß der kleine Drucker das Flugblatt der Gewerksvereine zu drucken gewillt sei. Jedenfalls erklärte der Drucker am anderen Tage, er bekäme Kataloge der Samenzüchter zu drucken und dürfe es daher mit ihnen nicht verderben. Das Flugblatt ist dann in der sozialdemokratischen Druckerei im benachbarten Halberstadt hergestellt worden. Daraus macht der „Vorwärts“ nun aus seinem Tratsch, um zu zeigen, daß die kämpfenden Arbeiter nur Hilfe bei den Sozialdemokraten fänden. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß auch jede andere bürgerliche Druckerei Halberstadts das Flugblatt gedruckt haben würde, weil für diese ja keine Entziehung Quedlinburger Arbeiten in Betracht kommen kann. Von uns war bestimmt worden, wenn alle Druckereien verlagerten, dann solle das Flugblatt in der Druckerei unseres Magdeburger Gewerksvereinsblattes gedruckt werden. Es sollte nun aber weiter kein Aufenthalt in der Herstellung und Verbreitung des Flugblattes entstehen und darum gingen die Verbandskollegen in die Halberstädter Druckerei. Im übrigen sei bemerkt, daß die Sammellisten für die Gärtner in dieser Woche zur Verwendung gekommen sind. Verbandskollegen, nun betätigt Euren Opfermut, zeigt, daß Ihr entschlossen seid, das Koalitionsrecht energisch zu verteidigen.

Allgemeine Kundschau.

Freitag, den 8. Oktober 1909.

Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde in der Provinz Sachsen. Erst jetzt, just vor Loresschluss, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen verfügt, daß statt bisher je vier, in Zukunft je sechs Vertreter der Unternehmer und Arbeiter bei jeder unteren Verwaltungsbehörde zu wählen sind. In dem wir unsere betreffenden Ortsverbände und Ortsvereine davon in Kenntnis setzen, bitten wir, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und die aufgestellten Kandidatenlisten auf sechs Personen zu ergänzen.

Zu einer glänzenden Kundgebung gestaltete sich das Fest, das der Verein der Deutschen Kaufleute zur Feier seines 25jährigen Bestehens am Mittwochabend in Berlin beging. Der mächtige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt von festlich geschmückten Männern und Frauen; selbst die Galerien waren gefüllt. Außer den Berliner Vereinsmitgliedern hatte sich eine stattliche Anzahl von Ehrengästen eingefunden. Eingeleitet wurde das Fest durch ein wohl gelungenes Konzert. Der Bedeutung des Tages entsprach ein vom stolzen S. Kaufmann verfasster Prolog, der den Gedanken der Selbsthilfe in schwungvollen Versen feierte. Seine Wirkung wurde erhöht durch den meisterhaften Vortrag der Kollegin Fräulein Seidel. Die Festrede hielt der Vorsteher des Vereins, Kollege Paul Röger, der einen Rückblick warf auf die Vergangenheit, den Gründern und Vorkämpfern den Dank und die Anerkennung des Vereins zum Ausdruck brachte und mit beredten Worten zur Nachahmung und Nachwirkung auf forderte.

Die Glückwünsche des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine übermittelte der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt. Nach ihm sprachen für den Verein junger Kaufleute Herr Eisner, für den Bund der technisch-industriellen Beamten Herr Ingenieur Lüdemann, für den kaufmännischen Hilfsverein Herr Rosenbergs, für die Allgemeine Vereinigung deutscher Handlungsgehilfen Herr Tullio, für den Verband Deutscher Handlungsgehilfen Herr Göbe, für die Gesellschaft für Soziale Reform, das Bureau für Sozialpolitik und die „Soziale Praxis“ Herr Dr. Kehler, für die Freie Vereinigung der Berliner Kaufmannsgerichtsbefugter Herr Dräsel und als Freund der Bestrebungen Herr Prediger Franke. Gesangs- und Vortragsvorlesungen schlossen den offiziellen Teil, dem sich ein Festkommers angeschlossen, der die Anwesenden noch lange Zeit zusammenhielt. Der Verlauf des Festes war in jeder Beziehung wohl gelungen und glänzend. Hoffen wollen wir, daß die wohlgemeinten Wünsche, die dem Verein der Deutschen Kaufleute an diesem seinem Ehrentage in so reicher Fülle zum Ausdruck gebracht wurden, in vollstem Maße verwirklicht werden im Interesse der Handlungsgehilfenbewegung und zur Ehre des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Eine Vereinfachung der Unfallversicherungsbedingungen ist durch das Reichsversicherungsamt bei dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften angeregt worden. In dem betreffenden Schreiben wird folgendes ausgeführt:

Die Unfallversicherungsbedingungen der meisten Berufsgenossenschaften haben allmählich einen Umfang angenommen, der ihrer genaueren Kenntnisnahme und Befolgung durch Betriebsunternehmer, Beamte und Arbeiter nicht förderlich sein dürfte. Sollte den besagten Uebelständen abgeholfen werden, so würden die Vorschriften fadgemäß beibehalten, außerdem aber auch in einzelne Gruppen aufgespalten werden müssen, die für sich in den betreffenden Betriebsstätten bekannt zu geben wären. Auch ließen sich für viele Gewerkszweige getrennte Vorschriften für Hand- und Maschinenbetrieb aufstellen. Dies hätte den Vorteil, daß in einer großen Zahl von Betrieben nur die einfacheren Vorschriften der erlgangenen Betriebsart ausgehängt zu werden brauchen. Für besonders gefährliche Betriebsstätten könnten auch kurzgefaßte Anleitungen zur Verhütung von Unfällen bei ihrer Bedienung aufgestellt und in Plakatform an den betreffenden Arbeitsstellen angebracht werden. Einige Berufsgenossenschaften seien bereits in dieser Richtung vorgegangen. Im Interesse einer noch wirksameren Durchführung der Unfallversicherungsmaßnahmen sei es erwünscht, daß auch die übrigen Berufsgenossenschaften diesem Beispiele folgen. Es läge daher zunächst in Frage, die von dem Verbands im Jahre 1896 veröffentlichten Normal-Unfallversicherungsbedingungen mit Rücksicht auf die inzwischen gemachten Erfahrungen unzugänglich zu machen. Auch wäre zu erwägen, die Normalvorschriften auf andere Gebiete der Unfallverhütung, zum Beispiel für elektrische Einrichtungen und für die gebräuchlichsten Holz- und Metallbearbeitungsmaschinen, auszuweihen und für bestimmte in den Normalvorschriften behandelte Betriebsstätten kurzgefaßte Anleitungen aufzustellen.

Wir wünschen, daß die Anregung des Reichsversicherungsamts auf fruchtbarer Boden fällt und sich auch verwirklichen läßt. So einfach aber ist die Sache nicht. Jedenfalls muß darauf geachtet werden, daß die Vorschriften verständlich bleiben, damit sie nicht ihren Wert für die Versicherten verlieren.

Arbeiterbewegung. Wegen fortgesetzter Maßregelungen von Vertrauensleuten haben bei der Firma Spawarthoff in Wildau die Stenogrammer und Rieter die Arbeit niedergelegt. — Der Kampf im Holzgewerbe in Süddeutschland dauert fort. Die angebotene Ausbesserung hat allerdings bei weitem nicht den Umfang angenommen, wie es nach den Ankündigungen der Unternehmer zu erwarten war. Zu

viele Betriebe wird weiter gearbeitet. — Im Mansfelder Kohlenrevier droht der Kampf größere Ausdehnung anzunehmen. Bis jetzt stehen ungefähr 1400 Mann im Streik.

Der Streik der Sagenarbeiter in Savre ist ein vollständiger geworden; rund 1800 Arbeiter sind daran beteiligt. — Im Hafen von Marseille sind etwa 600 Holzverlader in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer sich weigerten, den mündlich bewilligten Arbeitsvertrag auch zu unterzeichnen.

Note und Gelbe gemeinsam. Unter dieser Stichmarke findet sich in der Nummer 232 des „Vorwärts“ vom 5. Oktober 1909 folgende Notiz:

Aus Paris wird gemeldet: In Armentières hielten 26 Delegierte von 17 Syndikaten mit über 20 000 Mitgliedern der Textilbranche eine Versammlung ab, um sich über die Tariffrage zu einigen. Es wurde beschlossen, am nächsten Sonntag in Ville eine Versammlung aller Weberarbeiter abzuhalten, die über die Frage des Gesamtzustandes abstimmen soll. Man befürchtet, um so mehr den Ausdruck des Generalstreiks, als die gelben Syndikate diesmal gemeinsame Sache mit den roten Syndikaten machen!

Note und gelbe Gewerkschaften Arm in Arm! Und der „Vorwärts“ macht dazu nicht die geringste Bemerkung. „Das läßt tief blicken“, würde der „Genosse“ Sabor gesagt haben.

Totengräber des Koalitionsrechts. In dem Zentralorgan der lokal-organisierten Gewerkschaften finden wir folgenden Stoßfussler, der den Terrorismus der Zentralverbänder drastisch charakterisiert:

„In jeder Woche erhalten wir Schreiben mit Beschwerden über geradezu schändliches Vorgehen fanatisierter Verbändler gegen Mitglieder unserer Organisationen. Nicht mehr geheim, sondern ganz öffentlich trifft man Maßnahmen der ungebührlichen Art, um unseren Genossen die Existenz zu rauben. Forderungen um Entlassung unserer Mitglieder wegen ihrer Organisationszugehörigkeit werden an das Unterrichtsamt direkt gestellt. Was man auf unserem letzten Kongress zu erreichen hoffte und der sozialdemokratischen Partei bisher nicht gelungen ist, die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu erschaffen, das soll nun durch Ausschaltung ihrer Mitglieder geschehen. Genossen! Trefft eure Maßnahmen, laßt alle Rücksichten fallen. Ihr handelt in Notwehr. Greift jedes Mittel, unbedenktet der Konsequenzen, jenem fanatisierten Band zu zeigen, daß auch wir Anspruch auf Koalitionsrecht haben.“

Also nicht nur gegen unsere Kollegen, sondern auch gegen die ultra-radikalen Vorkämpfer richtet sich der Terrorismus der Verbänder, die nun einmal keine andere Meinung neben der ihrigen dulden können. Und da wundern sich die Herren „Genossen“, wenn immer und immer wieder der Ruf nach einer Justizhausvorlage erhoben wird. Das Material liefern sie selbst in reicher Fülle.

Wer sich entschuldigt, klagt sich an. In der „Magdeb. Ztg.“ lesen wir eine Notiz über das Wesen und die Einrichtung der Werkvereine, d. h. der gelben Organisationen. Der Einleider ist offenbar Mitglied des Arbeitervereins der Maschinenfabriken von Wolf-Budau, der in der Einleitung erwähnt wird. In der Charakteristik wird nun alles mögliche Gute und Schöne von diesen Werkvereinen erzählt. Sie wollten eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder „durch direkte, in ruhigem und sachlichem Tone gepflogene Verhandlungen“ herbeiführen; sie verzichteten keineswegs auf ihr Streikrecht, während es an anderer Stelle heißt, daß nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung an der Verbesserung ihrer Lage gearbeitet werden könne. Die Ansicht, daß es sich bei diesen Gebilden um Schöpfungen von Arbeitgebern handle, die sich in ihnen gewissermaßen eine Schutztruppe heranziehen wollten, sei falsch. Im Gegenzug dazu wird aber offen zugegeben, daß die Leitungen der großen Werke und auch viele kleine Betriebe die Unternehmungen der Werkvereine finanziell unterstützten. Mit besonderer Empyse wird dann betont, daß nichts weniger als Feindschaft und Gesinnungslosigkeit es seien, die ein Mann zeigen muß, wenn er solche Ansichten in Fabriksverhältnissen zum Ausdruck zu bringen sich nicht scheut.

Schon die angedeuteten Widersprüche zeigen, was es mit diesen Werkvereinen auf sich hat. Wir glauben auch nicht, daß ein Arbeiter so verblendet sein kann, daß er wirklich glaubt, die großen Betriebe unterstützen die Werkvereine nur um der Arbeiter willen. Vediglich das Unternehmerinteresse ist dabei ausschlaggebend. Denn was nützen dem Arbeiter alle Vorteile, wenn er nicht mußten darf, wenn er Gefahr läuft, bei der geringsten Ausbleibung gegen die Anordnungen der Betriebsleitung auf das Pflaster geworfen

zu werden und damit aller „Vorteile“ der Wohlfahrtsrichtungen verlustig zu gehen! Laut auf-laden aber möchte man, wenn es als etwas ganz Besonderes hingestellt wird, daß ein Arbeiter in der Werkstatt sich als Gelber bekennt. Dazu gehört wahrlich kein Mut; denn derjenige, der einem Gelben zu nahe zu treten wagt, muß gewärtig sein, sofort an die frische Luft gesetzt zu werden. Wo gelbe Organisationen geschaffen worden sind, sind sie auch Herren der Situation im Betriebe. Sie stehen unter dem Schutze der Geschäftsleitung, verzichten aber dafür auf ihr gesetzlich gewährlestes Koalitionsrecht. Das ist und bleibt eine Feigheit und Gesinnungslosigkeit. Daran können alle noch so schmülftigen Erklärungen nichts ändern, an die wahrscheinlich der Verfasser nicht selbst nicht glaubt.

Die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte betrifft ein Gehektwurf, der dem bayerischen Landtage jetzt zugegangen ist. Derselbe umfaßt drei Artikel. Nach Artikel I ist als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. eine Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Behebung einer augenblicklichen Notlage bestimmt sind;
5. Unterstützungen, die zurückerstattet sind.

Artikel II gibt der Gemeindeverwaltung die Befugnis, zu beschließen, daß mit Bürgerrecht nicht auch das Heimatrecht erworben werde, wenn das Bürgerrecht einem Bewerber verliehen wird, der innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Bewerbung eine unter Artikel I fallende, im Sinne des Armengesetzes als öffentliche Armenunterstützung zu erachtende Unterstützung nachgefordert oder erhalten hat.

Nach Artikel III hat die Vorschrift des Artikels I auch auf die während der betr. Fristen bezogenen oder nachgelagerten Unterstützungen rückwirkende Kraft.

Bei Annahme des Gesetzes würde der Kreis der von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossenen Personen entschieden enger gezogen werden, was nur als Fortschritt begrüßt werden kann. Soffentlich hat deshalb der Antrag in Bayern nicht dasselbe Schicksal wie in Preußen, wo er keine Annahme gefunden hat.

Der Ausbau der Gewerbeinspektion wird in den letzten Jahren in Oesterreich eifrig betrieben. Bereits im Jahre 1905 wurde der Versuch unternommen, auch Frauen zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen, namentlich mit Rücksicht auf diejenigen Betriebe, in welchen vorwiegend oder doch zu einem großen Teile Arbeiterinnen beschäftigt sind. Damals wurde eine Assistentin beim Wiener Gewerbeinspektorat angestellt, der die Aufgabe oblag, das Gebiet der Konfektionsindustrie zu überwachen. Die Einrichtung hat sich in jeder Beziehung bewährt, und so hat man sich denn nunmehr dazu entschlossen, für die vier Aufsichtsbezirke Prag, Briinn, Graz und Lemberg ebenfalls je eine Assistentin anzustellen und diesen Inspektoren zur Dienstleistung zuzuwenden. Da sich außerdem herausgestellt hat, daß die Zahl der mit der Gewerbeaufsicht betrauten Personen zu gering ist, sind weitere 16 Beamte zur Anstellung gelangt.

Die überreichliche Gewerbeinspektion ist auch durch diese Maßnahmen keineswegs eine ideale Einrichtung geworden. Immerhin aber ist doch ein entscheidener Schritt nach vorwärts zu erkennen.

Gewerksvereins-Teil.

* Voraus. In der Versammlung unseres Ortsverbandes am 2. Oktober behandelte der Verbandssekretär Kollege Reuter d. Berlin die Frage: „Was wollen die Deutschen Gewerksvereine?“ Nach einigen einleitenden Bemerkungen über die Arbeiterbewegung und die Organisationen der Arbeiter schilberte der Redner die Entwicklung unserer industriellen Verhältnisse an der Hand der Ergebnisse der letzten Berufszählung. Das gewaltige Anwachsen der Industriebevölkerung macht es dieser zur Pflicht, ebenso wie andere Stände eine möglichst günstige Verwertung ihrer Arbeitskraft herbeizuführen und für die sittliche Hebung der Arbeiterschaft zu wirken. Der Erreichung dieser Ziele gilt die unermüdete Arbeit der von Dr. Max Dirsch gegründeten Deutschen Gewerksvereine, deren Forderungen und Einrichtungen mehr und mehr Allgemeingut der deutschen Arbeiterbewegung geworden sind. Nicht allein um die materielle Verbesserung ihrer Lage kämpfen die Deutschen Gewerksvereine; sie verlangen vielmehr auch eine Vertiefung der Arbeitszeit, um die Gelegenheit zu schaffen, sich geistig weiter zu bilden und für die Erziehung des Nachwuchses zu

Jorgen. Dieses Streben müsse gefördert werden, denn im Kampfe um den Weltmarkt wird die Nation den ersten Platz erringen, welche die fräftigste und intelligenteste Arbeiterchaft hat. Die Erreichung der Ziele der Deutschen Gewerbetvereine liegt also durchaus im nationalen Interesse. Die Gewerbetvereine stehen durchaus auf nationalem Boden. Sie wollen eine „Einordnung des Arbeiterstandes in das Ständebild unserer Vaterlandes“. Der Klassenkampf habe den Interessen der Arbeiterchaft nur geschadet. Er verhindere den Frieden in der Industrie, den dieselbe dringend braucht. Der Abschluß von Tarifverträgen, die mit Recht als Friedensdokumente bezeichnet werden, bedinge eine gegenseitige Achtung und Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und Unternehmer. Beide Gruppen profitieren dabei. Die Deutschen Gewerbetvereine wollen die Verbesserung der Lage der Arbeiter in möglichst friedlicher Vereinbarung zwischen den beiden Faktoren des Wirtschaftslebens erreichen. Redner kam dann auf den Arbeiterschutz zu sprechen, und auf die Wege, die zur Erreichung des Zieles eingeschlagen werden müssen. Es müsse mehr die gegenseitige Duldung Platz greifen; der Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen sei als unwürdiges Erziehungsmittel zu verwerfen. Zur Hebung des Arbeiterstandes ist zunächst die Selbsthilfe in Anspruch zu nehmen. Die Staatshilfe müsse ergänzend eingreifen. Sie dürfe sich keineswegs beschränken auf die Arbeiterversicherung, sondern müsse ihre Hauptaufgabe erblicken in einer auszeichnenden Arbeiterschulzbegehung. Die Gewerbetvereine sind stets Pioniere für diese Idee gewesen und haben auf dem Wege der Selbsthilfe der Staatshilfe die Bahnen gezeigt. In einer Zeit, wo an Staatshilfe nicht zu denken war, haben sie Krankenkasien, Invalidenkassen usw. geschaffen. Auch sonst haben die Gewerbetvereine Einrichtungen geschaffen, die dem Arbeiter die Lebensbedingung ungünstiger Verhältnisse leichter gestalten sollen. Vor allem bedürft hat sich die Unterstützung in den Fällen der Arbeitslosigkeit. Die Deutschen Gewerbetvereine gewähren ferner Unterstützung bei Rechtsstreitigkeiten, in Kostfällen, bei Unfällen, Unfällen und Sterbefällen. Auch Aufklärung und Bildung wollen sie fördern. So ist das Streben der Gewerbetvereine hauptsächlich darauf gerichtet, die Arbeiterchaft und ihre Familien auf die Sonnenseite des Lebens zu bringen. Der Vortrag fand reichen Beifall. In der Diskussion nahm der Referent noch Gelegenheit, die Frauenarbeit und ihre Nachteile eingehend zu würdigen. Man müsse dieser wirtschaftlichen Erscheinung rege Aufmerksamkeit schenken. Eine Besserung auf diesem Gebiete ist ebenfalls nur möglich durch Heranziehung der arbeitenden Frauen und Mädchen zur Organisation. Die verheiratete Arbeiterin muß für die Familie wieder zurückgewonnen werden. Auch diese Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Anwesenden gingen mit dem Gelächris auseinander, unermüdet für die Idee der Gewerbetvereine und damit an der Hebung der Arbeiterchaft mitzuwirken.

Verbands-Teil.

An unsere Ortsverbandskassierer!

Nachstehend aufgeführte Ortsverbände haben über die im April d. J. zugefandten Verbands-Adressenverzeichnisse noch nicht abgerechnet:

Anklam, Apolda, Barth, Bausen, Bremerhaven, Breslau, Burg, Camburg, Cüstrin, Dirschau, Düren, Eberbach a. Redar, Eintracht, Erfurt, Er-

langen, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Gelsenkirchen, Gera, Gevelsberg, Giersleben, Glab, Göppingen, Granschiß, Greifswald, Großenhain, Guben, Sagen, Hannover, Hattlingen, Jagdau, Heidelberg, Jüterburg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg, Ludwigsburg, Landsberg a. W., Lindau, Lößau, Niederscheid, Ludwigsburg, Magdeburg, Mainz, Marktwerben, Meggen, Milheim a. Ruhr, München, München, Regau, Petersdorf i. R., Plauen, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Rawitsch, Remscheid, Rothenscheid, Sagan, Schönebeck, Siegen, Stolp, Suhl, Teuchern, Tilsit, Uckermark, Viersen, Vöde, Weihenburg, Westhofen, Wittenberg, Womms, Zabrze.

Es wird nunmehr dringend um baldige Abrechnung ersucht.

Mit Gewerbetvereinsgruß
Rudolf Klein,
Verbandskassierer.

Bekanntmachung.

Eine Anzahl von Kassierern bayerischer Ortsvereine, denen vom Arbeitersekretariat Nürnberg Jährlichen zweis Erhebungen für die Arbeitsmarktsituation in Bayern zur Ausfüllung zugestellt wurden, hat dieselben bis zur Stunde noch nicht wieder zurückgesandt. Die betreffenden Kollegen werden deshalb auf das Dringendste ersucht, diese Karten unverzüglich an das Arbeitersekretariat Nürnberg, Jakobstr. 48 I, einzuliefern, damit es demselben möglich ist, das Resultat der angestellten Erhebungen rechtzeitig dem Kgl. Bayer. Statistischen Landesamt übermitteln zu können.

Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Jährlichen auch dann eingesandt werden müssen, wenn in dem verschlossenen Quartel arbeitslose Mitglieder nicht vorhanden waren. In diesem Falle ist lediglich der Ort, Beruf und die Mitgliederzahl anzugeben.

Mit Gewerbetvereinsgruß
J. Grüling, Arbeitersekretär.

Berichtungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerbetvereine (G. D.). Verbandskassierer der Deutschen Gewerbetvereine, NO., Greifswaldstr. 221/223. Mittwoch, 13. Oktober, Beginn des Vortragszyklus über allgemeine Volkswirtschaftslehre. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen bringt es erforderlich. Gäste willkommen. — **Gewerbetvereins-Liebertafel (G. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liebungshunde im Verbandskassierer der Deutschen Gewerbetvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Noabiti.** Jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung b. Kabau, Waldstr. 58. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Am Sonntag, 10. Oktober, vorm. 9 Uhr, Ausschuffung bei Funke, Triftstr. 68. Am Montag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Vertrauensmännerfug bei Funke, Triftstr. 63.

Orts- und Wohnortsvereine.

Nachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Leukter, Ecke Panemmanplatz und Jählichstr. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Boosstr., Distrikterhunde. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetow, Kaiser Wilhelmstr. 77. —

Bresden (Distrikterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant „Vater Rolping“, Elbergschloß. — **Hamburg (Distrikterklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstr. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntagabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafensamp, Friedrich Wilhelmstr. Distrikterabend. — **Waltheim-Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterfug beim Hirt Joh. Müller, Sandstr. 88. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berthestr. 120. — **Leipzig (Gewerbetvereins-Liebertafel).** Die Liebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wiesbaden a. S. (Seitungsabteilung der Gewerbetvereine).** Liebungshunde jeden Dienstag abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstr. Gefangene Gewerbetvereinskollegen sind willkommen. — **Hersdorf (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. — **Cottbus (Sängerchor der Gewerbetvereine).** Die Liebungshunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Rebel“, Poststr. 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterfug, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal S. Simon, Alter Markt. — **Bremen (Distrikterklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Jählichstr.“ Sitzung. Gewerbetvereinsmitglieder sind stets willkommen. **Kattow (Ortsverband).** Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 6 Uhr, Kattow, Ortsverbandsversammlung mit Damen. Vortrag: „Die Gewerbetvereine in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben“. Hierzu: Ruffstaltstr. Unterhaltung. Gäste willkommen. — **Tittau. Ortsverbandsverfamml.** am 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im „Schützenhaus“. — **Ortsverband für das obere Leunegerbiet.** Sonntag, 10. Oktober, nachm. 3 Uhr Vertreterfug in Dörhumben im Lokal Schulte. 4 Uhr Ortsverbandsverfamml. daselbst. Vortrag über: „Die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden“.

Literatur.

Der in den Kreisen der Gewerbetvereine so beliebte Kalender „Der Kleine Wanderer für 1910“ ist erschienen. Der Inhalt des Kalenders ist wieder ein selten reicher. Für Gewerbetvereine verdienen neben dem Tagebuche des „Kleinen Wanderers“ die Artikel Junter und Müller über Alles und Neues aus dem Müllerergewerbe, die Bedeutung der Volkshildung, die Ernährungsfrage, die Neuregelung der Frauenarbeit in Deutschland besonders beachtet zu werden, aber auch der sonstige Inhalt, die Romane, die Gedichte, das Humoristische, die hauswirtschaftlichen Ratigen usw. werden die Familie des Gewerbetvereinsmitgliedes lebhaft interessieren. Der Kalender ist bei einem Bezuge von mindestens 30 Stück für 10 Pfg. pro Stück (der Einzelpreis beträgt 15 Pfg.) zu beziehen durch den Verlag von G. O. Raupbachs Nachf., Jagdau i. Schlef.

In demselben Verlage ist erschienen der „Reberher der Deutschen Gewerbetvereine“. Das in handlichem Format dauerhaft gebundene Buch enthält 28 Prologe und 47 Briefe und Kapitel über die verschiedenen Gewerbetvereinsfesten, sowie die bekanntesten Volks- und Wanderlieder. Es ist 142 Seiten stark und kostet 50 Pfg. Außerdem sind 10 Pfg. Porto einzufügen.

Für Theatervereine ist das „Theater für Gewerbetvereine“ bestimmt. Es sind 7 Stücke, die sich zur Ausführung bei Gewerbetvereinsfestlichkeiten eignen. Der Preis für jedes Stück beträgt 2 Mk.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Soziale Kommission von Groß-Berlin.

Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Bären Saal des Verbandskassierers, Greifswaldstr. 221-23.

Versammlung der Ortsvereinsausschüsse und Bezirksobente.

Vortrag des Herrn Lic. Holmann-Nicolassie über: „Welche Aufgaben haben wir im Kampfe um die Jugend?“

Nach dem Vortrage Diskussion.
Bollähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Die Soziale Kommission von Groß-Berlin.
J. A. Paul Krüger, Schriftführer.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Pancker)

NO. 55, Greifswaldstr. 221-23

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Hauptredner: Amt VII, Nr. 4730.

Stuttgart - Cannstatt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfennig Distrikterabend bei R. S. u. S., Cannstatt, Brunnstr. 55 a. III.

Essen (Ruhr), Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Vermittlungskarten im Gewerbetvereins-Bureau, Großhauerstr. 58.

Stippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. Reiseunterstützung beim Ortsvereinskassierer J. Berglar, Stippstadt, Bödenförderstr. 189.

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Distrikterabend bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Fahnen, Vereinsabzeichen,

Schäpenz. a. schäpenz und bläufigen bei Th. Berkop, Oppeln.

Bremen. Die Auszahlung der Reizegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventstr. 21, II. Eeg. Eingang Kleine Fuhrleutenstr. Telefon Nr. 6468.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstufung im Bureau, Wilhelmstr. 132.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetvereinskollegen erhalten in den Herbstferien zur Heimat I und II freies Quartier, Abendrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Sübbede, Dant, Goethestr. 7.

Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reizegelder bei August Müller, Forststr. 61. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.

Zur Anschaffung dringen zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung

und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkshreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg. 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswaldstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.